

SoVD: „Völlig unverständlich, warum Niedersachsen so derart hinterherhinkt“

Kita-Krise: Ausbildung muss vergütet werden

Kitas in Deutschland befinden sich in der Krise: Laut Studie des Instituts der Wirtschaft (IW) hat sich der Mangel an Fachkräften in der Kinderbetreuung massiv verschärft. Angesichts dieses dramatischen Zustands kritisiert der SoVD in Niedersachsen vor allem die fehlende Vergütung bei der Ausbildung zum* zur Erzieher*in. Andere Bundesländer seien an dieser Stelle schon viel weiter und hätten die Ausbildung reformiert, um dem Fachkräftemangel zu begegnen.

Die schlechten Nachrichten aus dem Kita-Bereich reißen nicht ab: Viele Erzieher*innen wechseln aufgrund der hohen Belastung den Job und sind häufig krank. Die Fachkräfte-lücke ist mittlerweile so groß, dass die Anstrengungen enorm sein müssen, um sie zu schließen. Das zeigen auch die aktuellen IW-Zahlen: Ihnen zufolge hat sich der Mangel an geeignetem Personal in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht. „Obwohl die Zahlen wirklich dramatisch sind, ist das keine Neuigkeit. Trotzdem passiert seitens der Politik zu wenig, um diesem Trend entgegenzuwirken“, sagt Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Besonders unverständlich findet er deshalb die Tatsache, dass die schulische Ausbildung zum* zur Erzieher*in in Niedersachsen nicht vergütet wird. „Das ist völlig absurd. Das Kultusministerium muss alles dafür tun, um mehr junge Men-

schen für den Beruf zu begeistern. Wie soll das funktionieren, wenn sie kein Azubi-Gehalt bekommen? Das können sich doch nur die wenigsten leisten“, betont Swinke.

Deshalb fordert Niedersachsens größter Sozialverband eine Reform der Ausbildung. „Fast alle anderen Bundesländer – unter anderem Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg – sind da schon viel weiter. Dort gibt es eine dreijährige praxisintegrierte Ausbildung zum* zur Erzieher*in, die auch vergütet wird. Für uns ist völlig unverständlich, warum Niedersachsen dabei so derart hinterherhinkt“, so der Vorstandsvorsitzende. Das Kultusministerium müsse die Kita-Krise sehr viel tatkräftiger angehen, vor allem im Ausbildungsbereich. „Passiert das nicht, sind die Folgen verheerend. Denn schon jetzt fehlen in Deutschland fast 300.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige“, betont Swinke.



Foto: liderina / Adobe Stock

Die Erkrankungszahlen unter den Kita-Erzieher*innen sind besonders hoch.

SoVD fordert mehr Unterstützung und bessere Finanzierung von Frauenhäusern

Gewalt gegen Frauen

Die Gewalt in Partnerschaften steigt weiter – laut aktuellen Zahlen des Bundeskriminalamts (BKA) um mehr als sechs Prozent. In erster Linie sind Frauen betroffen. Der SoVD in Niedersachsen fordert deshalb nicht nur ein Gewalthilfegesetz auf Bundesebene, sondern auch mehr Einsatz der Landesregierung. Schließlich seien entsprechende Ziele im Koalitionsvertrag verankert.

Gewalt in den eigenen vier Wänden trifft meistens Frauen. Nach BKA-Erhebungen sind über 70 Prozent der Opfer weiblich. Trotz alarmierender Zahlen gibt es jedoch noch immer zu wenig Unterstützung für Betroffene. „Die Bundesregierung muss endlich ein Gewalthilfegesetz verabschieden, das den Opfern einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung zusichert“, fordert Annette Krämer, niedersächsisches SoVD-Verbandsratsmitglied für Frauen- und Familienpolitik, und ergänzt: „Damit ist es aber längst nicht getan. Die Landesregierung muss das Thema endlich in den Fokus rücken.“ Es könne nicht sein, dass Rot-Grün zwar die Verbesserung des Hilfesystems in ihren Koalitionsvertrag aufgenommen habe, in den vergangenen zwei Jahren aber kaum etwas passiert sei.

Krämer weist in diesem Zusammenhang vor allem auf die

problematische Lage von Frauenhäusern in Niedersachsen hin: „Die Finanzierung ist bis heute nicht einheitlich geregelt, es gibt immer noch zu wenig Plätze und um die Barrierefreiheit ist es ganz schlecht bestellt.“ Es sei ein Skandal, dass in fünf Landkreisen in Niedersachsen – unter anderem in Osterholz und Holzminden – kein einziges Frauenhaus existiere. „Wir brauchen in Niedersachsen eine zentrale Stelle, die sich um die Koordinierung von Beratungs- und

Unterstützungsleistungen kümmert. Die Landesregierung plant zwar den Wiederaufbau einer entsprechenden Koordinierungsstelle. Wann das passiert, ist aber noch völlig unklar“, kritisiert Krämer. Für den SoVD ist klar: Wenn die Politik in diesem langsamen Tempo weitermacht, erreicht sie die Ziele ihres eigenen Koalitionsvertrags nicht. „Das wäre fatal, denn hinter den Zahlen stehen Menschen, die dringend Hilfe brauchen“, betont die SoVD-Vertreterin.



Foto: Golib Tolibov / Adobe Stock

Die meisten Opfer häuslicher Gewalt sind Frauen.

SoVD fordert mehr Mittel und bessere Bedingungen

Freiwilligendienste für junge Menschen

In Niedersachsen sind Freiwilligendienste bei jungen Menschen sehr beliebt und gerade im sozialen Bereich ein wichtiger Baustein. Trotzdem drohen den Diensten finanzielle Kürzungen. Daher appelliert der SoVD an die Landesregierung, sich auf Bundesebene dagegen starkzumachen.

In Niedersachsen engagieren sich mehr als 3.500 junge Menschen in einem „Freiwilligen Sozialen Jahr“ (FSJ). Einsatzorte sind etwa Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, aber auch die Bereiche Sport, Kultur und Politik. „Das FSJ und andere Freiwilligendienste sind für viele junge Menschen eine wichtige Orientierung für ihr weiteres Leben“, betont Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Darüber hinaus gebe es aber noch eine weitere wichtige Funktion: „Eine Umfrage zeigt, dass 70 Prozent derjenigen, die ein FSJ gemacht haben, sich einen Job im sozialen Bereich vorstellen können. Der Freiwilligendienst

ist für viele also auch der Eintritt in einen entsprechenden Beruf. In Zeiten des extremen Fachkräftemangels ist es völlig absurd, dass gerade hier jetzt der Rotstift angesetzt werden soll.“ Für das kommende Jahr drohen den Freiwilligendiensten erneut Kürzungen, dieses Mal in Höhe von 40 Millionen Euro. Swinke fordert von der Landesregierung zwei Dinge: „Sie muss sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die geplanten Kürzungen nicht umgesetzt werden und die Rahmenbedingungen für Freiwilligendienste in Niedersachsen stark verbessern.“ Dies sei etwa möglich, indem für junge Menschen ein bundesweites 29-Euro-Ticket für Bus und Bahn eingeführt werde und es ähnliche Vergünstigungen wie bei der Ehrenamtskarte gebe. „Außerdem sind mehr Projekte und eine bessere Förderung notwendig, um Freiwilligendienste auch für junge Menschen mit Behinderung zu ermöglichen“, so Swinke.

Fachbereichsversammlung der Paritäten im Austausch mit Landespolitik

Gemeinsame Themen im Fokus

Der SoVD beteiligte sich Ende August an der Fachbereichsversammlung „Überregionale Mitgliedsorganisationen“ der Paritäten Niedersachsen. Bei der Wahl des Sprecher*innen-Gremiums wurde Katharina Lorenz, Abteilungsleiterin Sozialpolitik beim SoVD in Niedersachsen, erstmals zu einer der Sprecher*innen gewählt. Das Gremium bereitet unter anderem die Fachbereichsversammlungen sowie politische Gespräche vor und setzt inhaltliche Themenschwerpunkte für den Fachbereich.

Weiteres Anliegen der Versammlung war der Austausch mit geladenen Landtagsab-

geordneten des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung. Mit dabei waren Swantje Schendel (Bündnis 90/Die Grünen), Volker Meyer (CDU) und Constantin Grosch (SPD). Die Vertreter*innen der Versammlung konnten den Landespolitiker*innen ihre Anliegen nahebringen und erfahren, was diese bewegt.

Lorenz diskutierte mit ihnen insbesondere über die aktuellen Herausforderungen in der Gesundheitsversorgung – darunter die in der gesundheitlichen Versorgung erforderliche, und weiterhin mangelhafte, Barrierefreiheit sowie eine geschlechtssensible Medizin.



Foto: Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen

Stefanie Akwa von den Paritäten und das neu gewählte Gremium mit Katharina Lorenz (SoVD), Uta Engelhardt (pro familia), Holger Grond (VdK) und Claudia Sanner (Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen) (v.l.n.r.)

SoVD-Engagierte machen mit Aktionen auf drängende Probleme aufmerksam

„Für mehr Miteinander“

Im Rahmen der aktuellen Kampagne des SoVD in Niedersachsen, „Für mehr Miteinander“, informieren zahlreiche Aktive aus den Orts- und Kreisverbänden die Menschen über aktuelle gesellschaftliche Probleme und geben Ratsuchenden Hilfestellung. Nach dem Thema Pflege in den vorangegangenen Monaten steht nun die finanzielle und soziale Sicherheit im Fokus der Aktionen. Auch dieses Mal können Interessierte an einer Umfrage zum Thema teilnehmen (siehe auch Seite IV). Deren Ergebnisse wird der SoVD aufgreifen, um seine Forderungen an die Politik zu bekräftigen.



Foto: SoVD-Ortsverband Elze

Das Vorstandsteam des Ortsverbands Elze informierte Besucher*innen zum Thema Armut und führte viele Gespräche.



Foto: SoVD-Kreisverband Wesermarsch

SoVD-Engagierte auf dem Dorffest in Alse.



Foto: SoVD-Kreisverband Rotenburg

Engagierte aus dem Ortsverband Sittensen und dem Kreisverband Rotenburg informierten auf der 1000-Jahr-Feier in Sittensen über die SoVD-Kampagne.



Foto: SoVD-Kreisverband Verden

Der Kreisverband Verden war mit den Ortsverbänden Dörverden, Oyten und Verden aktiv.

Persönliche Angelegenheiten sicher und rechtsverbindlich regeln

SoVD-Vortrag gibt Tipps

Der SoVD rät zur Überprüfung von bestehenden Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten. Allen, die noch keine entsprechenden Dokumente haben, empfiehlt der SoVD in Niedersachsen, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen. Am 24. Oktober informiert der SoVD von 16 bis 17.30 Uhr in einem kostenfreien Online-Vortrag über das Thema.

Krankheit, das Alter oder ein Unfall: Schnell kann man in Situationen geraten, in denen man seinen eigenen Willen nicht mehr äußern kann. Deshalb rät der SoVD dazu, sich mit dem Thema zu befassen und ältere Patientenverfügungen und Vorsorgevollmachten eventuell zu überprüfen und zu aktualisieren. „Nur so kann gewährleistet werden, dass im Ernstfall den Wünschen entsprochen

wird und sich eine Vertrauensperson um alle wichtigen Angelegenheiten kümmern kann“, erläutert Frank Rethmeier, Leiter des Sachgebiets Sozialrecht beim SoVD in Niedersachsen. In einer Patientenverfügung können Menschen Regelungen darüber festhalten, welche medizinische und pflegerische Versorgung sie wünschen, falls sie selbst einmal nicht mehr darüber entscheiden können. Wer

eine Vorsorgevollmacht ausstellt, ermöglicht zudem, dass Personen des Vertrauens Belange im eigenen Sinne regeln und Entscheidungen treffen können – vor allem bei Behörden- und Vermögensangelegenheiten.

Die Berater*innen des SoVD stehen in den Beratungszentren in ganz Niedersachsen für Fragen zur Verfügung und formulieren die Dokumente während eines ausführlichen Beratungsgesprächs gemeinsam mit den Ratsuchenden. Am Donnerstag, 24. Oktober 2024, findet außerdem von 16 bis 17.30 Uhr ein digitaler SoVD-Vortrag zum Thema „Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht“ statt. Alexander Witt, Sozialrechtsexperte beim SoVD in Niedersachsen, erläutert, welche Aspekte zu beachten sind und beantwortet Fragen der Teilnehmenden. Interessierte können sich bis zum 21. Oktober unter weiterbildung@sovd-nds.de anmelden.



Foto: Elin Schweiger

In ausführlichen Gesprächen erstellen die SoVD-Berater*innen die Dokumente gemeinsam mit den Mitgliedern.

Neue Folge zur Unterstützung von Kindern mit Behinderung

Mittendrin statt ausgegrenzt

Eigentlich sollte es selbstverständlich sein, dass Kinder sowie Jugendliche mit Behinderung die gleichen Chancen haben wie ihre Altersgenoss*innen ohne Behinderung. Stattdessen werden sie oft ausgegrenzt. Der Fall in der neuen SoVD-Podcast-Folge ist ein Beispiel dafür: Einem kleinen Jungen mit einer Autismus-Spektrum-Störung wird die dringend benötigte Autismustherapie verwehrt. Im Podcast erfahren Sie, was so eine Therapie überhaupt beinhaltet und für wen sie wichtig ist. Außerdem

sagen wir, was man tun kann, wenn ein Antrag abgelehnt wird. Mit Rebecca Kleinheit vom alma-Netzwerk sprechen Katharina Lorenz und Stefanie Jäkel über das „Freiwillige Ökologische Jahr für alle“. Sie erzählt, wie sich das Projekt für Jugendliche mit Behinderung starkmacht, was man tun muss, um einen FÖJ-Platz zu bekommen und warum Inklusion in diesem Bereich besonders wichtig ist.

Der Podcast ist auch als Video abrufbar. Weitere Informationen dazu gibt es auf www.sovd-podcast.de.



Foto: Foto: Martin Bargiel / Layout: Steeeg GmbH

Einmal im Monat gibt es eine neue Folge von „Kein Ponyhof“ auf allen gängigen Podcast-Plattformen.

SoVD fordert sofortiges Umdenken des Sozialministers

Einsatz für Kinder mit Behinderung

Das Aegidius-Haus in Hannover nimmt Kinder und Jugendliche mit schwerer Behinderung zur Kurzzeitpflege auf. Für die betroffenen Eltern ist das eine unerlässliche Unterstützung. Doch der Einrichtung droht jetzt das Aus, da das Land die Förderung nicht verlängert. Der SoVD in Niedersachsen zeigt sich empört und hat sich mit einem dringlichen Appell an den niedersächsischen Sozialminister gewandt.

Die Pflege von Kindern und Jugendlichen mit einer schweren Behinderung erfordert von den Eltern häufig viel Kraft. Umso wichtiger ist es, dass es Einrichtungen gibt, die sich für eine kurze Zeit um die Kinder kümmern, damit die Eltern wieder Energie schöpfen können. Die Zahl solcher Einrichtungen deckt in Niedersachsen jedoch bei Weitem nicht den Bedarf: Es gibt nur zwei Angebote – eins in Oldenburg und eins in Hannover. Jetzt steht das Aegidius-Haus in der Landeshauptstadt kurz vor der Schließung. Im September läuft die Förde-

rung des Landes Niedersachsen aus, eine Verlängerung ist nicht geplant.

„Um ehrlich zu sein: Wir sind schockiert. Wie kann es sein, dass der Sozialminister betroffene Kinder und ihre Eltern derart im Stich lässt?“, so Dirk Swinke, Vorstandsvorsitzender des SoVD in Niedersachsen. Es müsse nicht weniger, sondern mehr solcher Angebote geben. Deshalb hat sich Niedersachsens größter Sozialverband in einem Brief an Minister Philippi gewandt. „In der Region Hannover leben etwa 510 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mit ihren Familien, die bislang von dem Angebot profitieren. Sie alle stehen ab September vor dem Nichts und haben keine Anlaufstelle mehr. Das werden wir nicht hinnehmen“, so Swinke weiter. Der SoVD werde sich weiter für den Erhalt des Aegidius-Hauses und für den Ausbau weiterer Angebote in Niedersachsen starkmachen. „Wir erwarten an dieser Stelle ein Umdenken des Sozialministers“, betont der Vorstandsvorsitzende.

Kreisarbeitstagung der Frauensprecherinnen des SoVD-Kreisverbands Celle

Reger Austausch in Hambühren

Der SoVD-Kreisverband Celle hat eine Arbeitstagung zum Thema „Wie ist die Arbeit der Frauensprecherinnen in den Ortsverbänden?“ veranstaltet. Zahlreiche Frauensprecherinnen aus den Ortsverbänden und interessierte SoVD-Mitglieder nahmen an dem Austausch teil, der in Hambühren stattfand.

Über 40 Frauensprecherinnen des Kreisverbandes Celle und SoVD-Mitglieder sind der Einladung der Kreisfrauensprecherin Karin Schoon gefolgt und haben sich über die Arbeit von SoVD-Frauensprecherinnen in den Ortsverbänden ausgetauscht.

Nachdem Achim Spitzlei, 1. Vorsitzender des SoVD-Kreisverbands Celle, ein paar Grußworte an die Anwesenden gerichtet hatte, übernahmen die beiden Referentinnen. Hierzu waren die Leiterin des Gesellschaftspoliti-

schen Ausschusses des SoVD in Niedersachsen, Annette Krämer, und ihre Ausschuss-Kollegin Ulrike Bartels-Kinne geladen. In ihrem Vortrag sind die Rednerinnen insbesondere auf die Arbeit der Frauensprecherinnen in den Ortsverbänden eingegangen. Eine Möglichkeit der frauenpolitischen Arbeit vor Ort sind dabei Aktionen zu frauenpolitischen Themen – wie etwa zum Equal Pay Day, zum internationalen Frauentag, zur besseren Versorgung mit Hebammen, Geburtskli-

niken oder auch Frauenhäusern.

Frauenpolitische Arbeit ist immer auch eine Querschnittsaufgabe, die alle gesellschaftlichen Themen berührt. Aus diesem Grund sollten die Frauensprecherinnen der Ortsverbände sich mit anderen Organisationen vor Ort, wie beispielsweise Landfrauen oder der Kirchengemeinde, vernetzen. Ebenso ist es bei der Arbeit im Ortsverband hilfreich, gute Kontakte zu Kommunalpolitiker*innen zu pflegen.



Foto: Sean Souter

Gruppenbild mit Teilnehmerinnen, Gästen und Referentinnen der Veranstaltung

Offenes Angebot des SoVD in Braunschweig am 23. Oktober

Telefonische Sozialberatung

Der SoVD in Braunschweig veranstaltet am Mittwoch, 23. Oktober 2024, von 10 bis 11.30 Uhr eine offene Telefonberatung zu allen Fragen des Sozialrechts. Fragen rund um die gesetzliche Renten-, Pflege-, Kranken- und Unfallversicherung werden beantwortet. Außerdem werden die Themen Existenzsicherung, Schwerbehindertenrecht, Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht behandelt. Interessierte können sich unter der Telefonnummer 0531 2444192 kostenlos über die Themen informieren.

Am Telefon wird Kai Bursie, Sozialrechtsexperte beim SoVD, die Fragen beantworten. Bei stärkerem Beratungsbedarf können im Anschluss persönliche Gespräche, eine Videoberatung oder weitere Telefonate vereinbart werden. Ohne Namensnennung werden besonders interessante Gespräche dieser Beratung am

Freitag, 1. November 2024, von 14 bis 15 Uhr in der Radiosendung „SoVD-Regional“ auf Okerwelle 104,6 – zugleich per Livestream und App – ausgestrahlt. So können sich auch Interessierte, die während der Telefonberatung verhindert waren, informieren. Die offene Telefonberatung findet circa alle drei Monate statt.



Foto: Drobot Dean / Adobe Stock

BERATUNG

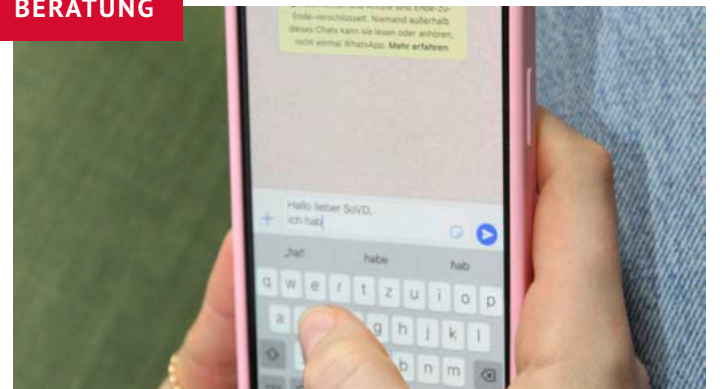


Foto: Elin Schweiger

Jetzt vormerken: Oktober-Termine für die WhatsApp-Sprechstunde

Sie haben eine kurze Frage und wollen dafür nicht extra ins SoVD-Beratungszentrum gehen? Dann nutzen Sie die WhatsApp-Sprechstunde unter dem Motto #FragDenSoVD.

Fügen Sie die Nummer 0511 65610720 zu Ihren Kontakten hinzu und stellen Sie Ihre Frage ganz einfach über WhatsApp. Bei den regelmäßigen Terminen beantworten SoVD-Berater*innen Ihre Fragen rund um Rente, Pflege, Behinderung, Gesundheit, Bürgergeld sowie Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Die nächsten WhatsApp-Sprechstunden finden am 1. und 29. Oktober, jeweils Dienstag, von 15 bis 16 Uhr statt. Die aktuellen Termine werden auch unter www.sovd-nds.de veröffentlicht.

Impressum

Sozialverband Deutschland
Landesverband Niedersachsen e. V.
Herschelstraße 31 · 30159 Hannover
Tel.: 0511 70148-0
Fax: 0511 70148-70
www.sovd-nds.de
presse@sov-d-nds.de

Redaktion:
Sara Masić | Tel.: 0511 70148-54
Elin Schweiger | Tel.: 0511 70148-67

Leitung:
Stefanie Jäkel | Tel.: 0511 70148-69

Vertrieb und Druck:
Zeitungsdruck Dierichs, Kassel

Für unverlangt eingesandte Texte und Fotos wird keine Gewähr übernommen.



„Nach der Zeit der Tränen und der tiefen Trauer bleibt die Erinnerung.
Die Erinnerung ist unsterblich und gibt uns Trost und Kraft.“

Am 2. September 2024 verstarb im Alter von 86 Jahren

Bernd Skoda

Er war in verschiedenen Funktionen für den Sozialverband Deutschland (SoVD) tätig. Neben seiner Funktion als Beisitzer und 2. Vorsitzender des Ortsverbands Winsen engagierte er sich bis 2019 als 2. Vorsitzender des Kreisverbands Celle. Auf Landesebene war er im sozialpolitischen Ausschuss tätig und arbeitete bis zu seinem Tod als Berater für Barrierefreiheit im SoVD in Niedersachsen.

Wir sind sehr betroffen und trauern um einen Mitstreiter für soziale Gerechtigkeit. Mit seiner Tatkraft und seinen Ideen hat sich Bernd Skoda für das Miteinander und für die Ziele des SoVD in besonderer Weise eingesetzt. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Bernhard Sackarendt
Verbandsratsvorsitzender
SoVD-Landesverband Niedersachsen

Dirk Swinke
Vorstandsvorsitzender
SoVD-Landesverband Niedersachsen



SOVD-UMFRAGE

Noch bis 15. Oktober mitmachen!

Im Rahmen seiner Kampagne „Für mehr Miteinander“ führt der SoVD eine niedersachsenweite Umfrage zum Thema finanzielle und soziale Sicherheit durch. Teilnehmen können alle in Niedersachsen bis zum 15. Oktober 2024.

Die kurze Umfrage ist online unter <https://tinyurl.com/yck6kxkb> oder über den untenstehenden QR-Code aufrufbar. Die Ergebnisse werden öffentlichkeitswirksam genutzt, um die SoVD-Forderungen gegenüber der Politik zu untermauern. Unter www.fuer-mehr-miteinander.de sind weiterführende Informationen zur SoVD-Kampagne abrufbar.



Spendensammlung der SoVD-Kreisverbands Oldenburg-Delmenhorst zu Gunsten der Obdachlosenhilfe

SoVD-Frauensprecherinnen unterstützen Straßenengel e.V.

Mit einer Spende unterstützt der SoVD-Kreisverband Oldenburg-Delmenhorst die Obdachlosenhilfe Oldenburger Straßenengel e.V. Zusammengekommen waren spontan 130 Euro bei einer Veranstaltung der Kreisfrauensprecherinnen zum Thema Altersarmut.

Hannelore Veit, SoVD-Kreisfrauensprecherin: „Not auf der Straße trifft auch und gerade Frauen. Hier sind sie oft Gewalt ausgesetzt, viele bemühen sich aus Scham lange, ihre Obdachlosigkeit zu verdecken und sind seltener im Straßenbild zu entdecken.“

Bundesweit sind etwa 20 Prozent der Obdachlosen Frauen. Die Gründe sind oft frauenspezifisch: Gewalt in Familie oder Partnerschaft, Jobverlust nach Kindererziehung sowie Armut nach einer Trennung. In Oldenburg steigt die Zahl wohnungsloser Menschen. Schätzungen gehen von etwa 500 Betroffenen aus. Die Anzahl der Frauen ist schwer zu beziffern, sagt Jörg Neumann, Kassenwart: „Nur wenige leben offen sichtbar auf der Straße. Die versteckte Wohnungslosigkeit ist bei ih-

nen hoch, da viele versuchen, in Notunterkünften, bei Freunden oder auch im Auto unterzukommen.“

Für Frauen haben die Straßenengel besondere Hilfen, etwa Hygieneartikel oder Taschenalarme. Allein 2023 hat der Verein unter anderem 2.655 Hygieneartikel an Obdachlose insgesamt verteilt, aber auch 62 Schlafsäcke, Thermomatten, selbstgestrickte Socken oder Lesebrillen. Die Engagierten des Straßenengel e.V. am Bahnhof und der Hauptpost sorgten unter anderem für Speis und Trank. 2023 waren es über 6.200 warme Speisen, 600 gekochte Eier oder 3.620 Portionen frisches Obst. Lebensmittel aber auch Kleidung und Wärmeaustattung für das Leben auf der Straße werden finanziert durch Spendengelder.

Zum Informationsnachmittag „Armut ist weiblich!“, auf dem die Spende gesammelt wurde, hatte der KreisArbeitszirkel (KraZ) eingeladen, der sich aus den Frauensprecherinnen der Ortsverbände

zusammensetzt: Hannelore Veit, Oldenburg; Hannelore Koring-Schettgen, Hude; Erika Niehaus, Ganderkesee; Maria Diedrich, Grüppenbühren-Bookholzberg und Ursula Rau, Nadorst.



Foto: Dr. Hergen Riedel

Hannelore Veit vom SoVD und Jörg Neumann vom Straßenengel e.V.

SoVD macht auf Parkverstöße auf Behindertenparkplätzen aufmerksam

Aktion des SoVD in Braunschweig

Ende August haben Ehrenamtliche des SoVD in Braunschweig und ein Vertreter des Braunschweiger Behindertenbeirats eine gemeinsame Aktion durchgeführt, um Falschparkende auf Behindertenparkplätzen zu sensibilisieren.

Treffpunkt war das SoVD-Beratungszentrum am Bäckerkint in Braunschweig. Von dort aus ging es rund zwei Stunden durch die Innenstadt, um sich auf die Suche zu machen. Die Engagierten verteilten rote Karten des SoVD auf den Windschutzscheiben der Autofahrer*innen, die gegen die Parkregeln verstoßen hatten. Auf den Karten steht: „Sie haben meinen Parkplatz. Wollen Sie auch meine Behinderung?“ Auf der Rückseite bittet der Ver-

band darum, das nächste Mal woanders zu parken. Während der Aktion wurden drei Falschparkende auf Behindertenparkplätzen gefunden.

„Die Anzahl der Falschparker hat uns noch nichtmal überrascht, schließlich stellt die Stadt Braunschweig jeden Tag circa zehn Falschparker auf Behindertenparkplätzen fest“, sagt Reiner Knoll, 1. Kreisvorsitzender des SoVD in Braunschweig. Der Braunschweiger SoVD fragt regelmäßig bei der

Stadtverwaltung nach diesen Verstößen an. So kostete das Parken auf Behindertenparkplätzen 2018 noch 35 Euro bei 3.031 Verstößen im Jahr. Im Jahr 2023 gab es bereits ein Verwarngeld von 55 Euro bei 3.445 Verstößen. Obwohl das Verwarngeld also um 20 Euro erhöht wurde, gab es trotzdem rund 14 Prozent mehr Verstöße. „Wenn die Kosten schon keine Einsicht bringen, dann vielleicht unsere Karte“, hofft Knoll.



Foto: Thorsten Böttcher

Dietmar Stecher, Reiner Knoll, Bärbel Landwehr, Nicole Bliesener (alle SoVD Braunschweig) und Rolf Kamphenkel (Behindertenbeirat Braunschweig) (v.l.)



Foto: Sara Masić

Die Karte des SoVD klärt Falschparkende auf.

SoVD-Tipp: Das gilt bei zusätzlichem Einkommen

Grundrente für langjährig Geringverdienende

Langjährig Geringverdienende haben unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch auf einen Grundrentenzuschlag – wenn sie die geltenden Einkommengrenzen einhalten. Aktuelle Zahlen der Deutschen Rentenversicherung zeigen nämlich: Rund 55 Prozent der grundsätzlich Berechtigten haben die Leistung im vergangenen Jahr aufgrund zu hoher eigener Einkünfte nicht gezahlt bekommen.

Unter bestimmten Voraussetzungen können langjährig Geringverdienende im Alter einen Grundrentenzuschlag erhalten, der ihre Rentenbezüge aufstockt. „Anspruch haben Betroffene, wenn sie mindestens 33 Versicherungsjahre erfüllen und während ihrer Erwerbstätigkeit weniger als 80 Prozent des Durchschnittslohns verdient haben“, weiß Katharina Lorenz vom SoVD in Niedersachsen. Ein Antrag auf den Zuschlag müsse nicht gestellt werden, denn die Deutsche Rentenversicherung ermittle automatisch, ob ein Anspruch besteht.

Die volle Grundrente erhält allerdings nur, wer bestimmte Hinzuverdienstgrenzen einhält. „Ab einer bestimmten Höhe wird das

Einkommen anteilig auf die Grundrente angerechnet oder diese gar nicht mehr ausgezahlt“, merkt Lorenz an. Aktuell bekommen alleinstehende Rentner*innen den vollen Zuschlag bis zu einem Monatseinkommen von 1.375 Euro, bei Paaren sind es 2.144 Euro. Darüberliegende Einkünfte werden auf die Leistung angerechnet. Überschreitet das zusätzliche Einkommen die Einkommengrenze von 1.759 Euro beziehungsweise 2.525 Euro, stellt die Deutsche Rentenversicherung die Zahlung ein. Als Einkommen zählen die eigene Nettorente, eine Witwerrente*Witwenrente oder Hinzuverdienst aus einer Beschäftigung.



Foto: Africa Studio / Adobe Stock

Einkünfte werden ab einer bestimmten Höhe auf die Grundrente angerechnet.